

Mythos und Wirklichkeit der Wirtschaft

Das moderne Ancien-Regime ist nur mehr der Komödiant einer Weltordnung, deren wirkliche Helden gestorben sind.

Karl Marx, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie

I

In allen gesellschaftlichen Ordnungen entstehen Rechtfertigungen der bestehenden Institutionen in den Köpfen der Menschen. Den Zusammenhang, den solche Rechtfertigungen bilden, nennen wir Ideologie. Jede Epoche hat die ihre. Die Sklavenwirtschaft wie die feudale Gutswirtschaft, die zunft Handwerkliche Stadtwirtschaft mit ihrer gebundenen Marktordnung wie die ungebundene Marktwirtschaft des frühen Kapitalismus. Zu ihrer Zeit erschienen alle diese Ordnungen als von Gott gegeben und der Vernunft entsprechend, kurzum als die beste aller denkbaren Daseinsformen, an deren Fortdauer man nicht zweifeln konnte. Immer fand man, daß die Prinzipien der bestehenden Wirtschaftsweise gerechtfertigt waren.

Die Gegenwart erfährt etwas Neues. Die Industriegesellschaften der Gegenwart haben zwei — sehr unterschiedliche — Ideologien entwickelt, die beide nicht die Wirklichkeit rechtfertigen, sondern sie durch einen Mythos verschleiern. Haben frühere Ideologien bestehende Institutionen gepriesen, so preisen die Ideologien der Gegenwart Institutionen, die gar nicht bestehen, setzen sie aber den bestehenden Einrichtungen gleich.

In Rußland (von dem zwar im folgenden nicht weiter die Rede sein soll) werden die Institutionen der dort bestehenden Kommandowirtschaft denen eines imaginären Sozialismus gleichgesetzt.

Wenden wir uns den Industriegesellschaften der westlichen Welt zu, so finden wir hier einen anderen Mythos. Der unabhängige Unternehmer, die freie Konkurrenz, der preisbildende Markt, die freie Wahl der Konsumenten, das heilige Privateigentum sind Institutionen, die von diesem Mythos verklärt und als das Fundament des Wirtschaftsgeschehens von heute hingestellt werden.

Wirtschaftshistoriker mögen der Frage nachgehen, ob und inwieweit diese Institutionen in der geschichtlichen Wirklichkeit die Rolle spielten, die der Mythos ihnen zuschreibt. Der Wirtschaftswissenschaftler, der die heutige Wirtschaftsstruktur zu erklären und nicht zu verklären sucht, findet, daß ganz andere Institutionen die erste Rolle spielen. Die bestehende Ordnung der Wirtschaft ist eine ganz andere als die, die der Mythos preist. Die Institutionen, von denen er in so hohen Worten spricht, sind nur noch Überreste der Vergangenheit und treten in den Hintergrund. Zwischen der vom Mythos erfüllten herrschenden Ideologie und der Wirtschaftswissenschaft, die sich an die Tatsachen halten muß, ist ein seltsames Mißverhältnis geschaffen worden, dessen wir deutlich gewahr werden, wenn wir nach den Gestalten unseres Mythos in der Wirklichkeit suchen.

Der freie oder unabhängige Unternehmer ist ein Halbgott unseres Mythos. Großer Schaden wird unserer Wirtschaft angedroht, sollte sie ihn und seine Initiative verlieren. In der Wirklichkeit der westlichen Welt aber ist der Unternehmer in den entscheidenden Sphären des Wirtschaftsgeschehens im Verschwinden begriffen, wobei wir von jenen Erscheinungen absehen können, die im Chaos der deutschen Nachkriegsperiode brachliegende Werte an sich reißen konnten und dadurch den Anschein einer Wiederbelebung dieses Wirtschaftstypus erweckt haben ¹⁾.

1) Edgar Salin hat in seiner berühmten Rede auf der Tagung der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften im September 1960 darauf hingewiesen, daß in Deutschland der Krieg noch einmal eine Situation geschaffen hatte, welche der Gründerperiode der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts in wesentlichen Punkten gleich.

MYTHOS UND WIRKLICHKEIT DER WIRTSCHAFT

Es war vor mehr als drei Jahrzehnten, daß *Ferdinand Fried* in seinem Buch „Das Ende des Kapitalismus“ (Jena 1931) feststellen konnte, daß der wagende Unternehmer vom Wirtschaftsverwalter abgelöst worden sei. Fried wies nach, wie weit (bereits im damaligen Deutschland) die Ablösung des Besitzer-Unternehmers durch den angestellten Generaldirektor fortgeschritten war und zeigte auf, bis zu welchem Grad nach dem ersten Weltkrieg in der Epoche der Farben- und Stahltrusts, der Zwangssyndikate, Bankenkartelle und der Währungsmanipulationen das Prinzip der Organisation das der Marktwirtschaft ersetzt hatte.

Am Ende des zweiten Weltkrieges untersuchte der amerikanische Wirtschaftswissenschaftler *R. A. Gordon* die leitenden Persönlichkeiten der amerikanischen Großunternehmen und kam zu der Schlußfolgerung:

„Was immer ihr Titel sein möge, die Leiter unserer größten Unternehmen sind im allgemeinen nicht der Typ eines schöpferischen und aggressiven Unternehmers, wie er wohl berühmt und berüchtigt in den Annalen der amerikanischen Industrie geworden ist. Es ist nicht die ruhelose dynamische Persönlichkeit früherer Generationen, die als Besitzer der Firma neue Gebiete ausprobierte und die Haut riskierte. Es ist vielmehr ein beruflicher Betriebsleiter, der einen Direktorposten ausfüllt ... In der Tat, das Vorwiegen von Gruppenaktivität gegenüber der persönlichen ist der hervorragende Charakterzug der Verwaltungsorganisation in Großunternehmen. In vielen Fällen ist der einzelne durch den Rat der Direktoren in der Formulierung und Bewilligung wesentlicher Entscheidungen ersetzt worden...“²⁾

Ein ähnliches Bild hatte *Otto Heinrich v. d. Gablentz* in seinem Aufsatz „Industriebürokratie“³⁾ im Deutschland der zwanziger Jahre skizziert, in welchem er nachwies, wie im Großbetrieb das Verständnis für den Gesamtbetrieb verlorengelht und die streng geordnete Hierarchie an die Stelle der Leitung durch den Unternehmer tritt. In unseren Tagen konnte *Hans Paul Bahrdt* die Schlußfolgerung ziehen:

„Wir glauben, daß der Chef entscheidet — ein gewaltiger Irrtum. Zur Entscheidung gehört die ausreichende Kenntnis dieser Möglichkeit. Trotz des großen Apparates an Bürokratie, der alles präpariert, was auf seinen Tisch kommt, glaubt er dennoch, daß er es ist, der letzten Endes die Entscheidung fällt. Er ist nur ein Verkehrsschutzmann, der nicht entscheidet, wohin das Auto fährt, sondern Signale gibt.“⁴⁾

Wäre die Persönlichkeit dessen, der an der Spitze großer Unternehmen steht, von ausschlaggebender Bedeutung, wie es uns der Mythos suggeriert, dann müßten, meint der amerikanische Wirtschaftswissenschaftler Professor *Galbraith*, beim Tode einer solchen Persönlichkeit die Aktien der von ihm geleiteten Gesellschaft fallen, aber niemand hat je dergleichen gehört⁵⁾.

II

Auch der Glaube an solche mythischen Existenzen wie den preisbildenden Markt und die freie Konkurrenz ist angesichts der Wirklichkeit schwer verständlich. Will man diesen Glauben mit der Wirklichkeit konfrontieren, so muß man von Dingen sprechen, die einem so selbstverständlich erscheinen, daß es schwerfällt, sie niederzuschreiben.

Marktwirtschaft bedeutete, daß alle Unternehmer sich den unpersönlichen Bedingungen des Marktes anpassen mußten. Das Angebot und die Nachfrage einer großen Zahl auf dem Markt handelnden Personen bestimmte den Preis. Die heutigen Großunternehmen gestalten den Markt dadurch, daß sie die Menge oder den Zeitpunkt ihrer

2) R. A. Gordon, *Business Leadership in Large Corporations*, Washington 1945.

3) Schmollers Jahrbuch 1926 — zweiter Halbband S. 43 ff.

4) Fiktiver Zentralismus in den Großunternehmungen, in *Kyklos* 1954, Nr. 4.

5) J. K. Galbraith, *The Affluent Society*, Boston 1958, S. 101.

Käufe und Verkäufe oder ihrer Preise ändern. Marktbedingungen werden von der Geschäftspolitik der Großunternehmen wesentlich beeinflusst.

In der Marktwirtschaft bestand der Preis aus den Produktionskosten und einem Gewinnzuschlag, der so hoch war, wie der Markt ihn tragen konnte, wenn nicht Überangebot zu Verlustverkäufen nötigte und schwache Unternehmen zum Erliegen brachte. Im modernen Großunternehmen werden die Preise durch Verwaltungsbeschluß festgesetzt. Die Konkurrenz wird dabei in Betracht gezogen, aber es handelt sich nicht um die freie Konkurrenz des Mythos, die den Preis immer auf den möglichst niedrigsten Stand herunterbringt. Die Voraussetzung für die freie Konkurrenz war, daß bei günstigen Preisen neue Firmen in die Branche eintreten konnten, aber gerade davon ist heute nicht mehr die Rede. Konkurrenz wird im Rahmen der von der Verwaltung beschlossenen Geschäftspolitik ausgetragen. Diese mag es beispielsweise für gut befinden, den Preis einer Ware heraufzusetzen, um den Eindruck besserer Qualität zu erwecken, um die Konkurrenz durch größere Reklameaufwendungen und andere Verkaufstaktiken zu schlagen. Deshalb sind auch die Produktionskosten allein nicht mehr die Grundlage des Preises, es treten u. a. Verkaufs- und Finanzierungskosten hinzu.

In der Geschäftspolitik kann festgelegt werden, daß die Gewinnspanne unter dem bleibt, was der Markt erlauben würde. Es kann beabsichtigt werden, durch Kontinuität des Preises den Absatz auf lange Sicht zu sichern oder durch die niedere Gewinnquote die Konkurrenz zum Rückzug zu veranlassen. Fallende Nachfrage andererseits kann im Rahmen der Geschäftspolitik mit Erhöhung des Preises beantwortet werden, um durch höhere Stückpreise den Ausfall einzubringen. In seinem Aufsatz „Die verwalteten Preise“ schrieb Professor *Martin Lohmann*:

„An Stelle der Preispolitik tritt... die Stabilisierung der Nachfrage durch die Gewöhnung des Kunden an den jährlichen Wechsel der Modelle und tatsächlichen und/oder vorgegebenen technischen Verbesserungen.“⁶⁾

Geschäftspolitik ist im Gegensatz zur bloßen Preispolitik nicht Anpassung an den Markt, sondern Gestaltung des Marktes. Geschäftspolitik heißt daher auch vorausdenken. Anpassung erfolgte an den Markt des Tages. Gestaltet wird der Markt von morgen. Der Markt von morgen wird vorausberechnet und die Verkaufsstrategie ausgearbeitet. Geschäftspolitik heißt, die Umweltfaktoren studieren, um die Nachfrage hervorbringen zu können. All die Tätigkeit des Vorhersehens, Vorausdenkens, der Berechnung der Zukunft kann ausgedrückt werden in dem einen Wort: Planen.

Im Mythos erscheint es, als ob die Wirtschaft der westlichen Welt von der Planwirtschaft säuberlich geschieden, ja geradezu ihr Gegenteil sei. Der Betriebswirtshafter hält sich natürlich von solcher Mißdeutung frei. *Konrad Mellerowicz*s neuestes Werk trägt den Titel „Planung und Plankostenrechnung“.

Die Praxis des Planens aber endet nicht im Betrieb. *Gunnar Myrdal* stellt fest: „Wirtschaftsplanung wird nun mehr und mehr die gemeinsame Erfahrung von Leuten, die zusammen in einer organisierten Gesellschaft leben.“⁷⁾

Frankreich hat seit Jahren ein Generalkommissariat für Planung, und der neueste Vierjahresplan ist unter aktiver Mitarbeit des Arbeitgeberverbandes zustande gekommen. Die Tatsache, daß die französische Planung dazu beigetragen hat, daß das Nationaleinkommen während der letzten zehn Jahre um rund 5 vH je Jahr gewachsen ist, ohne daß eine Rezession den Aufstieg unterbrach, hat die konservative Regierung *Englands* veranlaßt, einen nationalen Planungsrat zu gründen. *Macmillans* neuestes Schlagwort heißt: Konservatives Planen macht sich bezahlt. *Belgien* besitzt einen solchen

6) Der Volkswirt, 1960, Nr. 52/53.

7) Gunnar Myrdal, Beyond the Welfare State, London 1960.

MYTHOS UND WIRKLICHKEIT DER WIRTSCHAFT

Planungsrat — der nur das Wort „planen“ aus seinem Namen ausgelassen hat, und *Italien* ist dabei, eine solche Institution zu schaffen.

Daß die *Europäische Wirtschaftsgemeinschaft* nicht wird planlos anlaufen können, steht außer Zweifel; ein Programm zukünftiger Planung ist in Brüssel in Vorbereitung.

Wer einwenden wollte, in der Bundesrepublik sei es ohne dem gegangen, der verißt, daß zwischen 1948 und 1957 etwa 56 vH der Nettoinvestition vom Staat direkt durch Kredite oder indirekt durch Steuervergütung finanziert worden ist.

III

Im Mythos erscheint es so, als ob ein tiefer Abgrund zwischen Marktwirtschaft und Staatswirtschaft klaffe. Doch war dies schon in der klassischen Zeit der Marktwirtschaft nicht so. In England, dem klassischen Land des Laisser-faire-Kapitalismus, schrieb der Londoner *Economist* am 26. Januar des Jahres 1856, also vor mehr als hundert Jahren:

„Die Epoche der Eisenbahnen erschüttert unsere vorgefaßte Meinung. Es gibt Häfen zu bauen, Schiffe und gigantische Flotten zu konstruieren, Ent- und Bewässerung auszuführen... Wie dieses Werk leisten? Unser Vertrauen in das private Interesse ist gesunken. Sollen wir unsere Nachbarn nachahmen und mehr als bisher dem Staat anvertrauen? Das ist eine bedeutsame und ernste Frage, die die Praxis bejahend und die Theorie verneinend löst.“

Heutzutage zu schildern, welche Rolle der Staat im Wirtschaftsleben spielt, hieße Wasser ins Meer gießen. Alle Industrien wenden beträchtliche Mittel auf, um den Staat zu veranlassen, für sie günstige Umstände zu schaffen und sie gegen Markteinflüsse, mit denen sie nicht fertig werden können, abzuschirmen. Nicht nur in Frankreich, Italien und England, sondern auch in der *Bundesrepublik* ist ein beträchtlicher Teil der Produktionsmittel in öffentlichen Händen. Die Leitung eines privaten Großunternehmens unterscheidet sich kaum von der eines öffentlichen Unternehmens. In England ging Nationalisierung und Entnationalisierung der Stahlindustrie vor sich, ohne jede bemerkenswerte Veränderung sozialer, wirtschaftlicher oder personeller Natur.

Die große vergötterte Kraft unseres Mythos, das Privateigentum selbst, ist eine etwas unklare gesellschaftliche Einrichtung geworden, seitdem durch das Entstehen der Aktiengesellschaft der Eigentumstitel und die Verfügungsgewalt über das Eigentum nicht mehr notwendigerweise zusammengehören.

Die zunehmende Akkumulation von Aktien in den Händen von privaten und öffentlichen Versicherungsgesellschaften und von Investmentfonds sowie die Besitzverschachtelung von Aktiengesellschaften untereinander⁸⁾ hat den Besitztitel völlig entpersönlicht.

Schon *Schumpeter* hatte von einer „Verfrachtung des Eigentums“ gesprochen; jetzt aber hat der amerikanische Wirtschaftswissenschaftler und Jesuitenpater *Paul H. Harbrecht* der Überzeugung Ausdruck gegeben, daß die Entwicklung einer „Gesellschaft jenseits des Eigentums“⁹⁾ zustrebt. Je mehr das atomisierte Kontrollrecht, das den Aktien anhaftet, sich in großen Finanzinstitutionen akkumuliert, um so mehr wird der Eigentumsbegriff eine bloße juristische Fiktion. Harbrecht zeigt insbesondere am Beispiel der

8) 1958 waren 28 vH des Nominalkapitals von 2734 Aktiengesellschaften, das sich auf 27,3 Milliarden DM belief, Schachtelbesitz. 198 Gesellschaften mit einem Kapital von 3 Milliarden DM waren vollständig im Besitz einer anderen Gesellschaft und 326 Gesellschaften mit 5,4 Milliarden DM waren im Dauerbesitz öffentlicher Verwaltung (Wirtschaft und Statistik, Februar 1959).

9) Paul P. Harbrecht & Adolf Berle jr., *Toward the Paraproprietal Society*, New York 1960.

Pensionskassen, die die großen amerikanischen Kapitalgesellschaften für ihre Arbeiter geschaffen haben, wie wenig greifbar der Eigentumsbegriff geworden ist. Die in Aktien angelegten Vermögen dieser Kassen gehören nicht mehr den Unternehmen, sie gehören aber auch nicht den Arbeitern, die ja nur Anrecht auf Nutznießung haben, und ebenso wenig gehören sie den Treuhändern, die sie verwalten. Es gibt niemanden, der sagen kann, er sei Eigentümer dieser riesigen Vermögen.

IV

Wozu nun diese ganze Rederei von der freien Wettbewerbswirtschaft, die, wie Professor *Martin Lohmann* sagt¹⁰⁾, der Wirtschaftsstruktur der Gegenwart „unberechtigterweise den Nimbus des ‚Natürlichen‘, des wirtschaftstechnisch und wirtschaftsethisch Überlegenen verleiht“?

Wozu die Heiligsprechung eines Eigentumsbegriffes, der seines Sinnes entleert ist? Wozu der Kult des freien Unternehmers, obgleich dieser der Geschichte angehört und nicht der Gegenwart? Warum versteckt man das wirkliche Wirtschaftsgeschehen hinter dem Mythos der Marktwirtschaft?

Denkbegriffe pflegen die Tatbestände, von denen sie herrühren, zu überdauern. Doch diese Erklärung genügt nicht, wird doch offensichtlich dem Überdauern tatkräftig nachgeholfen. Der Mythos von der freien Markt- und Wettbewerbsgesellschaft wird gepflegt.

Im vorigen Jahrhundert waren die herrschenden Auffassungen vom wirtschaftlichen Geschehen nicht nur eine Rechtfertigung sondern auch eine Erklärung. Heute scheint Erklärung unerwünscht zu sein. Findet doch die Machtposition derer, die die großen Akkumulationen von Produktionsmitteln kontrollieren, in der überkommenen Eigentumsauffassung ebensowenig eine Rechtfertigung wie in den modernen Ideen vom Sozial- und Wohlfahrtsstaat.

Diese Machtposition ist jedoch von außerordentlicher Bedeutung. Maßnahmen, für die die Manager der großen Kapitalgesellschaften verantwortlich sind, berühren nicht nur Tausende von Arbeitern ihrer eigenen oder von ihrer Produktion abhängiger Betriebe und den mit ihrer Produktion verbundenen Groß- und Kleinhandel, sondern reichen weit darüber hinaus in das Leben der Nationen hinein. Durch Begrenzung oder Ausweitung der Produktionskapazität, durch Erhöhung oder Senkung der Preise wird das wirtschaftliche Leben des ganzen Landes beeinflußt. Durch Ausgaben für Reklame werden Zeitungen und Zeitschriften erhalten, die ohne diese möglicherweise nicht existieren würden. Durch die Art der Reklame werden der Geschmack und die Konsumgewohnheiten der Bevölkerung geformt. Durch technische Veränderungen oder Verlegung von Produktionsstätten werden der Arbeitsmarkt und die geographische Verteilung der wirtschaftlichen Tätigkeit betroffen. Der technische Fortschritt, die Entwicklung der Wissenschaft und Forschung hängt von der Geschäftspolitik und dem Budget der Großbetriebe vielfach ab.

Wer aber sind die Leute, die in der westlichen Welt für all diese Maßnahmen verantwortlich zeichnen? „Wer wählt sie aus? Wem sind sie verantwortlich?“ Professor *Edward S. Mason* von der Harvard Universität, der diese Fragen stellt, kommt zu dem Resultat: „Die Antwort auf die erste Frage ist unzweifelhaft, daß sie sich selbst auswählten. Die Antwort auf die zweite Frage ist bestenfalls unklar.“¹¹⁾

In der Tat, es ist schwer, eine Instanz zu bezeichnen, der gegenüber die Manager der Großbetriebe verantwortlich sind. Je mehr der Aktienbesitz sich verschachtelt oder von Finanzmanagern verwaltet wird, die die Auffassungen und Interessen der In-

10) A.a.O.

11) Edward S. Mason, *The Corporation in Modern Society*, Cambridge, Mass., 1960.

MYTHOS UND WIRKLICHKEIT DER WIRTSCHAFT

dustriemanager teilen — insbesondere hinsichtlich der Höhe der ihnen zustehenden Vergütung — je mehr „kontrollieren“ die Manager sich selbst.

Die Schwierigkeit, einen solchen Zustand zu rechtfertigen, macht es verständlich, warum der Mythos vom freien Unternehmertum so beharrlich gepflegt wird.

Es mag vielleicht wie ein Widerspruch erscheinen, daß die führenden Wirtschaftswissenschaftler Europas und Amerikas gleichzeitig von der Verbeamtung der Wirtschaftsführung und von der großen Verantwortung und Bedeutung ihrer Positionen sprechen. Ein Widerspruch zwischen beiden Aussagen besteht jedoch nicht.

Die leitenden Beamten der großen Kapitalgesellschaften geben (um bei dem zitierten Vergleich mit dem Verkehrspolizisten zu bleiben) den Weg frei für Entscheidungen, die in ihrem eigenen Urteil die bestmöglichen sind. Notwendigerweise sind solche Entscheidungen vom besonderen und alleinigen Interesse ihrer Gesellschaft bestimmt. Wie könnte es anders sein? Ihnen selbst erscheint -es dagegen leicht so, als ob sie allgemeinnützliche Entscheidungen trafen. Es geschah vielleicht im besten Glauben, daß der Generaldirektor von General Motors, als er amerikanischer Verteidigungsminister wurde, sagte: „Was gut für General Motors ist, ist auch gut für USA.“

Die Wirklichkeit ist anders. Entschlüsse der Manager der Kapitalgesellschaften stehen oft im Widerspruch zu dem allgemeinen Interesse. Ihre Geschäftspolitik kann den Geldumlauf, die Handelsbilanz oder andere gesamtwirtschaftliche Funktionen beeinträchtigen, kann zu einer Über- oder Unterkapazität der Wirtschaft führen.

Es ist zwar wahr, daß gesamtwirtschaftliche Schwierigkeiten auf die Kapitalgesellschaften in einer oder anderer Weise zurückfallen, doch pflegen diese dann nach staatlicher Intervention zu rufen.

Denkt man die rationale Betriebspolitik mit ihrer „Planung und Plankostenrechnung“ zu Ende, so führt dies zu der Idee, diese auf die Wirtschaft als ganzes anzuwenden. Es erscheint rationaler, Rückschlägen und Krisen vorzubeugen, als hinterdrein einzugreifen, wenn bereits Schaden angerichtet worden ist.

Betriebliche Rentabilitätsrechnung und volkswirtschaftliche Kostenrechnung stimmen durchaus nicht immer überein. Wenn es darum geht, Schaden zu reparieren, handle es sich nun um Verunreinigung der Luft oder der Gewässer oder um andere Beeinträchtigungen Dritter, so bleibt dies den öffentlichen Diensten überlassen, die auf Kosten aller arbeiten. Der Wirtschaftswissenschaftler kann sich daher der Auffassung nicht entziehen, daß wahre Rationalität zur Unterordnung der Rentabilitätsrechnung unter die Volkswirtschaftsrechnung führen muß.

Richard M. Titmuss, Professor für öffentliche Verwaltung an der London School of Economics, schreibt:

„Letztlich und alles in allem führen die Entscheidungen der Direktoren und Manager nicht zu einer rationaleren und ausgeglicheneren Nutzung der gesellschaftlichen Hilfsquellen für die Bedürfnisse der Nation und in Hinblick auf die Probleme der gesellschaftlichen Organisation eines neuen Zeitalters. Diese Inhaber von Machtpositionen werden nicht sehen, was zu sehen schließlich nicht ihre Aufgabe und Angelegenheit ist, daß eines der wichtigsten Probleme der Zukunft der gesellschaftlich beste Gebrauch des steigenden Nationaleinkommens ist und nicht die technische Nutzung dieses oder jenes Teils der Wirtschaft.“¹²⁾

Weil nun aber das Streben nach dem besten Gebrauch des Nationaleinkommens mit den Prinzipien und Mitteln, die aus der modernen Industriegesellschaft herausgewachsen sind, zu einer Einengung bestehender Machtpositionen führen muß, wird jener Mythos gefördert und erhalten, der die wahren Prinzipien und die wirkliche Struktur der Wirtschaft verschleiert und dadurch das Denken des allgemeinen Publikums von dem der Wirtschaftswissenschaftler trennt.

12) Richard M. Titmuss, *The Irresponsible Society*, London 1960.